



## Auf ein Wort

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

wir schreiben das Jahr 2016 und das Parlament hat seinen Betrieb wieder aufgenommen. Das aktuelle Jahr scheint nicht mit weniger politischen Herausforderungen aufzuwarten wie das vergangene: Krieg in Syrien, Flüchtlinge, Rechtsruck in Europa... Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin sowie die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA werden uns zudem auf Trab halten.

Mit dem vorliegenden Rundbrief nun möchte ich mich zu einigen „meiner“ Themen äußern: Zur Notwendigkeit, endlich massiv öffentlich zu investieren, zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA mit den USA bzw. Kanada, und auch zum Kampf gegen prekäre Arbeit, insbesondere Werkverträge und Leiharbeit.

Ein gesundes neues Jahr wünscht

Euer

## SCHWERPUNKT In die öffentliche Infrastruktur investieren!

**Seit Jahren werden soziale Dienstleistungen, die öffentliche Verwaltung und Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur runtergefahren. Jetzt, wo viele Tausende Menschen in Deutschland und Europa Schutz vor Krieg und Terror suchen, kommen die Defizite verstärkt zum Vorschein.**

DIW-Chef Marcel Fratzscher äußerte Anfang November im Deutschlandfunk: „Die Flüchtlinge sind jetzt ein Weckruf, der uns bewusst macht, wir haben diese großen Probleme beim Bildungssystem und Infrastruktur. Das hätte die Politik eigentlich auch schon in der Vergangenheit dringend angehen müssen. Experten haben immer wieder gewarnt.“

Die LINKE fordert ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Mrd. Euro. Doch die Bundesregierung hält weiter an ihrem sinnlosen Prestigeprojekt der schwarzen Null, also einem ausgeglichenen Haushalt, fest. Wir meinen allerdings, dass ein ausgeglichener Haushalt nicht ausgeglichen ist, wenn er zentrale Aufgaben nicht erfüllen kann und elementare Bedürfnisse der Bevölkerung so wenig berücksichtigt wie akute Notlagen aufgrund von Krieg, Flucht oder Naturkatastrophen. Er funktioniert auf Kosten der Bevölkerung hier und heute und auf Kosten der nächsten Generationen, denen wir eine brüchige

Substanz hinterlassen. Außerdem geht er besonders zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsteile, die nicht die Mittel haben, den öffentlichen Mangel aus eigener Tasche zu kompensieren. Bürger mit kleinen Einkommen können sich den neoliberalen Sparstaat nicht leisten!

Die Zeit ist reif für eine gerechte Steuerpolitik, die hohe Einkommen und Vermögen nicht länger überproportional entlastet.

gegen Flüchtlinge wendet, darf nicht weiter angeheizt werden, indem Verteilungskonflikte geschürt werden. Die zusätzlich benötigten Mittel an anderen wichtigen Stellen einzusparen, ist brandgefährlich. Weder darf es Ausnahmen vom Mindestlohn für Flüchtlinge geben, noch ist es zu rechtfertigen, dass die Aufstockung der Stellen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit nun geschoben wird. Auch Kürzungen bei Renten



Außerdem darf die öffentliche Kreditaufnahme zur Finanzierung notwendiger Zukunftsinvestitionen kein Tabu sein – zumal in Zeiten niedrigster Zinsen. Die Schuldenbremse war von Anfang an falsch, aber auch noch auf die Milliarden zu verzichten, die trotz Schuldenbremse möglich sind, ist mehr als fahrlässig. Denn eine Situation, in der sich die Stimmung zunehmend

und Sozialausgaben müssen tabu sein. Selbst die staatliche KfW in einer Studie zur Flüchtlingsthematik fest: „Die Kosten überfordern Deutschland jedoch nicht.“ ◀

JUNG UND PREKÄR  
LINKES BÜNDNIS  
GEGEN RECHTS

### Lehrkräfte: Arbeitslos über den Sommer

Mit Lehrerinnen und Lehrern verbindet man selten prekäre Beschäftigung. Doch die Realität sieht für viele anders aus. Nach Angaben der Gewerkschaft „Erziehung und Wissenschaft“ werden tausende befristete Lehrkräfte über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit entlassen. So hangeln sich viele nicht verbeamtete Lehrerinnen und Lehrer über Jahre hinweg von einem befristeten Vertrag zum nächsten. Zwar hatte das Bundesarbeitsgerichts 2012 geurteilt, dass Kettenbefristungen ohne Sachgrund nicht zulässig sind, auf die Arbeitslosigkeit vieler Lehrkräfte über die Sommermonate hat sich diese Entscheidung kaum ausgewirkt.

Die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zeigt: Pünktlich zu Beginn der Sommerferien steigen die Zahlen von arbeitslosen und arbeitssuchenden Lehrkräften sprunghaft an. Dieser Trend ist seit Jahren ungebrochen. Im August 2014 gab es fünfmal so viele Zugänge in Arbeitslosigkeit von Lehrkräften wie im Jahresdurchschnitt. Dabei gehört das Land Bayern zu einem der Spitzenreiter.

Es ist unerträglich, dass einige Bundesländer versuchen, ihre Haushalte auf Kosten von nicht-verbeamteten Lehrkräften zu entlasten. Für gute Bildung brauchen wir motivierte Lehrkräfte – das geht nur mit sicheren Arbeitsplätzen und guten Löhnen im Bildungsbereich.

## ARBEIT Jung und prekär

**Überdurchschnittlich viele junge Beschäftigte arbeiten in Leiharbeit oder Werkverträgen – zu deutlich schlechteren Bedingungen als die Stammbeslegschaft. Auch haben immer mehr junge Beschäftigte nur noch einen befristeten Arbeitsvertrag, ohne sachlichen Grund.**

Fast ein Viertel aller jungen Beschäftigten unter 25 Jahren arbeitet in einem Minijob. Fast die Hälfte zu einem Billiglohn. Ursache dafür sind auch die grundlosen Mindestlohnausnahmen, die für junge Beschäftigte unter 18 Jahren ohne

Berufsausbildung gelten.

Der deutschen Wirtschaft geht es ausgezeichnet. Prekäre Arbeitsverhältnisse sind keine Brücke in den Arbeitsmarkt, wie häufig behauptet. Sie verhindern, dass junge Menschen auf dem Arbeitsmarkt ankommen und ihr Leben planen können.

Es ist dringend notwendig, den Schutz vor prekärer Arbeit zu erhöhen. Was die Bundesregierung dazu bisher auf den Tisch gelegt hat, ist völlig unzureichend. Das betrifft nicht nur die Mindestlohnausnahmen für Beschäftigte unter 18

Jahren; auch die vorgelegte Regulierung von Werkverträgen und Leiharbeit geht völlig an der Realität vorbei. Es bringt wenig, gleichen Lohn für gleiche Arbeit nach neun Monaten zu fordern, da sind die meisten Leiharbeitnehmer nicht mehr da. 54 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse dauern weniger als drei Monate. Ebenso die geplante Begrenzung der Überlassungszeit auf 18 Monaten: Nur 13 Prozent aller Leiharbeitsverhältnisse dauern überhaupt so lange. Das wissen wir – und die Bundesregierung weiß das auch. ◀

## TTIP Geheimverhandlungen

**Es gibt zahlreiche Kritikpunkte, die man bei CETA und TTIP anbringen kann: Sie reichen von Investor-Staat Schiedsverfahren, die Konzernen ermöglichen, Staaten auf Schadensersatz zu verklagen, über geplante regulatorische Kooperation, wo exekutiv besetzte Gremien Entscheidungen über Regulierungsfragen treffen bis hin zum Negativlisten-Ansatz, der alle nicht explizit ausgenommenen Bereiche der Liberalisierung unterwirft.**

Am eingängigsten ist jedoch sich vor Augen zu halten, wie demokratisch gewählte Abgeordnete aus den Verhandlungen raus gehalten werden und dass sie bislang nicht mal Einsicht in die Verhandlungsdokumente bekommen. Geheimverhandlungen verdienen kein Vertrau-

en. Wer so verhandelt, der hat was zu verbergen. Sogar Bundestagspräsident Norbert Lammert sah sich gezwungen zu intervenieren. Er wandte sich im Juli an den US-Botschafter und forderte, „dass die Mitglieder des Deutschen Bundestages in geeigneter Weise Zugang zu den konsolidierten Verhandlungsdokumenten im Gebäude der US-Botschaft erhalten“. Nach abschlägiger Antwort legte er im Oktober nach: „Ich halte es für ausgeschlossen, dass der Bundestag einen Handelsver-

trag zwischen der EU und den USA ratifizieren wird, dessen Zustandekommen er weder begleiten noch in alternativen Optionen beeinflussen konnte“.

Nun endlich soll die Kritik gefruchtet haben: Die EU-Kommission verspricht baldigen Zugang zu den Dokumenten auch die für die nationalen Abgeordneten. Allerdings bleiben wir schlechter gestellt als die Kongressabgeordneten der USA: So haben Mitarbeiter der Bundestagsabgeordneten keinen Zugang. ◀



## ANALYSE Linkes Bündnis gegen rechts

**Zum politischen Erbe derjenigen, die heute im Mitte-links-Spektrum Politik machen, gehört es, den Linken neben sich für eine große Gefahr zu halten. Weil er zu links oder zu rechts oder zu erfolgreich ist - aus der Sicht des jeweiligen Akteurs durchaus verständlich.**

Denn die Frage nach dem sozialdemokratischen Inhalt der SPD oder der Verwelktheit der Grünen ist ja nicht ohne Grundlage. (...) Dabei könnte die Zukunft dramatisch sein: Wir sind nämlich derzeit Zeugen eines gefährlichen Rechtsrucks in Europa. Ungarn ist inzwischen faktisch eine Rechtsdiktatur, Polen ist auf dem besten Weg dorthin, Frankreich droht eine rechtsextreme Präsidentin. In Köln und Leipzig marschieren Nazi-Mobs in SA-Manier durch Stadtviertel und verbreiten Angst und Schrecken. Tag für Tag brennen in Deutschland Flüchtlingsunterkünfte. Ausländer werden geschlagen, bedroht, beschossen. Der AfD wird in allen deutschen Parlamenten der Einzug prognostiziert.

Schwerste sexualisierte Gewalt gegen Frauen: Inakzeptabel! Doch beim Wettbewerb von abstrusen Vorschlägen zur künftigen Vermeidung solcher Straftaten geht es weniger um die Täter als vielmehr um deren Herkunft. Ja, man könnte den Eindruck gewinnen, als wäre in Deutschland sexuelle Gewalt etwas Neues. Ein kurzer Blick in die Kriminalitätsstatistik weist nur einen geringen Anteil von Flüchtlingen bei den Tätern im Bereich der Sexualdelikte aus.

Bei der politischen Beurteilung gibt das rechte Spektrum trotzdem den Takt vor: Zum Beispiel Björn Höcke, Abgeordneter der AfD im Thüringer Landtag, der von »Angsträumen für blonde deutsche Frauen« schwadronierte, die durch Flüchtlinge entstünden. Früher wäre er ohne viel Federlesens als Neonazi eingestuft worden. Heute müssen wir befürchten, dass Björn Höcke und Spießgesellen ein Bundestagsmandat erhalten.

Ihren Zugang zur politischen Macht müssen wir verhindern! Der Aufstieg des Rechtspopulismus wäre der Hebel, die Linke als gestaltende politische Kraft auszuschalten oder sogar von der Landkarte der parlamentarischen Repräsentation zu tilgen. Wir haben diese Entwicklung in Ungarn erlebt, in Polen, die französische politische Linke ist dabei, sie zu erleiden. Aber es gibt auch Länder, die andere Pfade beschreiten: Griechenland, Portugal, auch Italien und möglicherweise Spanien. Voraussetzung ist aber immer ein hohes Maß an Pragmatismus und Einigungswillen der linken politischen Strömungen. Leider fehlt dieser Wille nirgendwo so sehr wie in Deutschland.

Der demoskopische Strudel ist darauf zurückzuführen, dass die SPD seit über zehn Jahren nicht mehr glaubhaft als Anführerin eines politischen Lagers mit einer realen Machtoption zur wenigstens teilweisen Umsetzung seiner gemeinsamen Wertvorstellungen wahrnehmbar ist. Wer nicht einmal diejenigen an einen Tisch bekommt, die grob in diesel-

be Richtung wollen, dem traut man auch nicht zu, ein ganzes Land in irgendeine Richtung zu bewegen. (...) Grüne und LINKE profitieren nicht davon. Im Gegenteil! Wohin die Veränderung geht, ist offen. Ohne ein linkes Spektrum, das Ideen für die Richtung dieser Veränderung mit einer glaubhaften Aussicht auf Macht zu deren Umsetzung verbindet, werden immer mehr Menschen diese Alternativen im rechten Spektrum suchen. Dann wäre eine deutsche Version des ungarisch-polnischen Dramas denkbar, und es stritten nur noch CDU, CSU, AfD und vielleicht noch die FDP mit Aussicht auf Erfolg, wohin es geht. Die Opposition wäre marginalisiert.

Es ist leider so: Wir brauchen ein Bündnis, das in seiner Breite in der Lage ist, diese Horrorvision von einer Zukunft zu verhindern. Auch wenn die Aussicht auf eine parlamentarische Mehrheit gegenwärtig gering ist. Vielleicht besteht sie aber für eine mächtige und echte Opposition, die auf Basis einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung demokratische Grundwerte verteidigt.

Oder wollen wir die Rolle der Kämpfer für die sozial Entrechteten und Deklassierten den verlogensten aller Akteure überlassen - wie es schon einmal eine Generation politischer Linker tat? ◀

Auszug aus meiner **►Kolumne „Wider eine düstere rechte Zukunft“** im „Neuen Deutschland“, 16. Januar 2016.

### Politische Informationsfahrten

Diese Fahrten finden in der Regel drei- bis viermal jährlich statt. Sie beinhalten Busfahrt, Übernachtung, Verpflegung und sollen Bürgerinnen und Bürgern aus der Region des Abgeordneten die Möglichkeit bieten, in entspannter Atmosphäre Einblicke in den Berliner Politikbetrieb ermöglichen.

Am ersten Tag treffen sich die Reisegruppen meist zu einer Gesprächs- und Diskussionsrunde mit dem einladenden Bundestagsabgeordneten. Anschließend steht ein Besuch des Reichstagsgebäudes an. Dabei wird in einem Vortrag ausführlich und anschaulich die Arbeit des deutschen Bundestages erklärt, es können Fragen gestellt werden und die Teilnehmer können sich eine gute Übersicht über den Ablauf der Sitzungswochen verschaffen.

Weiter stehen auf dem Programm die Besuche verschiedener Ministerien, ausgewählte Sehenswürdigkeiten und Museen sowie eine Stadtrundfahrt. In der Regel bleiben auch ein paar Stunden zur freien Verfügung, um Berlin auf eigene Faust zu erkunden.

Möglich sind auch Tagesbesuche für Schulklassen. Solch ein Tagesbesuch kann etwa in eine Abschlussfahrt miteingeplant werden, dann gibt es sogar einen Fahrtkostenzuschuss.

Wenden Sie sich bei Interesse einfach an eines unserer Wahlkreisbüros (s. Seite 4).

### Aktuelle Termine in 2016:

26. - 28.04.16 Region Coburg  
07. - 09.06.16 Schweinfurt  
11. - 13.10.16 N.N.

DIE LINKE Schweinfurt lädt ein:

# Politischer Aschermittwoch mit Klaus Ernst und Frank Firsching



ab 18 Uhr **Neugebauers Heringstopf**  
ab 19 Uhr **Veranstaltungsbeginn**

## Begrüßung

Sinan Öztürk/Jutta Greber, Kreisvorsitzende

## Zur Stadtpolitik

Frank Firsching, Fraktionsvorsitzender

## Rede zum politischen Aschermittwoch

Klaus Ernst, MdB

## Kulturelle Umrahmung

DGB-Songgruppe

Mittwoch, 10. Februar 2016, 19 Uhr, Schweinfurt

im Saal der Sportgaststätte des TV Schweinfurt-Oberndorf

## NEUES IM INTERNET

### Presse, Reden, Parlamentarisches

Lesenswerter Artikel in der Süddeutschen zur **☛ Gefahr von TTIP für europäische Bauern.**

In einer Kleinen Anfrage kritisieren wir den **☛ Negativlisten-Ansatz in CETA.**

Ein Beitrag zur Fraktions-Homepage zur **☛ extrem ungerechten Vermögensverteilung** in Deutschland.

Eine Pressemitteilung zum **☛ Dieselgate** und der Verpflichtung, nun die Beschäftigten zu schützen

In einem Antrag spricht sich die Linksfraktion abermals **☛ gegen TTIP und CETA und für fairen Handel** aus.

In dieser Kleinen Anfrage gehen wir der Frage nach, die Bundesregierung bei der Auftragsvergabe die **☛ Heterogenität der Wissenschafts- und Forschungslandschaft** berücksichtigt.

Rede **☛ „Arbeitsstandards verteidigen und nicht Flüchtlinge diskriminieren!“**

In einer Kleinen Anfrage befragen wir die Bundesregierung nach den **☛ Arbeitsbedingungen bei der Berlinale**, die immer wieder in der Kritik sind.

Ein Artikel im „Neues Deutschland“ zu **☛ Gabriels TTIP-Propaganda** im Vorfeld der Großdemo am 10. Oktober 2015.

Die **☛ Vergaberechts-Novelle** bleibt leider weit hinter ihren Möglichkeiten zurück, wie wir in diesem Entschließungsantrag thematisieren.



### Impressum & Kontakt

#### ViSDP

Klaus Ernst (MdB)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

#### Telefon & eMail

Berlin: 030 - 22 77 03 67, Klaus.Ernst@bundestag.de  
Schweinfurt: 09721 - 730 9811, Klaus.Ernst.ma05@bundestag.de  
Coburg: 09561 - 7959203, Klaus.Ernst.ma04@bundestag.de

Internet [www.Klaus-Ernst-MdB.de](http://www.Klaus-Ernst-MdB.de)

Facebook [www.facebook.com/mdb.klaus.ernst](http://www.facebook.com/mdb.klaus.ernst)

Twitter [www.twitter.com/ernst\\_klaus](http://www.twitter.com/ernst_klaus)

**Klaus Ernst** aktuell erscheint regelmäßig und kann kostenlos bestellt werden. Der Versand erfolgt per eMail.